



Nr. 166 | 09.12.2024

Zentralasien-Analysen

- Zentralasien, die Taliban und der »Islamische Staat – Khorasan-Provinz«
- Parlamentswahl in Usbekistan
- Nuklearreferendum in Kasachstan

■ ANALYSE

Kontinuität statt Neuausrichtung? Die Afghanistan-Politik von Usbekistan, Turkmenistan und Tadschikistan drei Jahre nach der erneuten Machtergreifung der Taliban 2
Katja Mielke (Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc))

■ KOMMENTAR

Der »Islamische Staat – Khorasan-Provinz«. Vom regionalen IS-Ableger in Zentralasien zur globalen Terrororganisation 7
Arian Sharifi (Princeton University)

■ KOMMENTAR

Eine weitere Parlamentswahl in Usbekistan...ohne Auswahl 10
Alisher Ilkhamov (Central Asia Due Diligence (CADD), London)

■ DOKUMENTATION

Offizielles Endergebnis der Parlamentswahl in Usbekistan vom 27. Oktober 2024 12

■ DOKUMENTATION

Atomkraft als Allheilmittel? Das Nuklearreferendum in Kasachstan vom 6. Oktober 2024 15

■ DOKUMENTATION

Ergebnis des Referendums über den Bau eines Atomkraftwerkes in Kasachstan vom 6. Oktober 2024 17

■ CHRONIK

Hinweis auf die Online-Chronik 18

ANALYSE

Kontinuität statt Neuausrichtung? Die Afghanistan-Politik von Usbekistan, Turkmenistan und Tadschikistan drei Jahre nach der erneuten Machtergreifung der Taliban

Katja Mielke (Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc))

DOI: 10.31205/ZA.166.01

Zusammenfassung

In den drei Jahren seit der erneuten Machtübernahme der Taliban haben Afghanistans Nachbarn eine zentrale Rolle in der internationalen Afghanistan-Politik übernommen. Obwohl sie das Taliban-Regime nicht diplomatisch anerkennen, kooperieren sie zunehmend proaktiv mit den neuen Machthabern in Kabul, wobei vor allem wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen im Vordergrund stehen. Angesichts der komplexen regionalen Lage verfolgen die zentralasiatischen Staaten gegenüber Afghanistan eine Reihe miteinander verknüpfter Ziele. Dazu zählen die Eindämmung der Gefahr durch transnationale Terrorgruppen, die Förderung von Handel und wirtschaftlicher Vernetzung mit Südasien durch den Ausbau von grenzüberschreitender Infrastruktur und Logistik, sowie die Erhöhung der regionalen Stabilität durch Kooperation in Fragen der sozioökonomischen Entwicklung. Die geopolitische Realität der unmittelbaren Nachbarschaft zwingt Usbekistan, Turkmenistan und Tadschikistan zu einem pragmatischen Ansatz gegenüber den Taliban, der sich in der faktischen Einbindung des »Islamischen Emirates« in regionale Integrationsprozesse ausdrückt.

Einleitung

Der Zusammenbruch der Islamischen Republik Afghanistan und die erneute Machtergreifung der Taliban im August 2021 haben die regionale Situation in Zentralasien drastisch verändert. Trotz dieser Zäsur war schnell erkennbar, dass die Afghanistan-Politik der zentralasiatischen Staaten nach 2021 mehr von Kontinuität denn einer grundlegenden Neuausrichtung geprägt sein würde. Usbekistan und Turkmenistan haben bereits Jahre vor dem Fall von Kabul inoffizielle Beziehungen zu den Taliban aufgebaut, weshalb sie sich gegenüber dem »Islamischen Emirat« von Anfang an kooperationsoffen gezeigt haben, jedoch ohne dabei von ihrer offiziellen Politik der Nichtanerkennung abzurücken. Hinter der Kontinuität in der usbekischen und turkmenischen Afghanistan-Politik stehen langfristige wirtschaftliche und geoökonomische Interessen, die vor allem auf den Ausbau der regionalen Vernetzung mit Südasien und die Intensivierung von Handelsbeziehungen mit Afghanistan und Pakistan abzielen. Nur Tadschikistan hat nach dem Fall von Kabul 2021 eine feindselige Rhetorik gegenüber den Taliban angeschlagen. Doch auch Tadschikistan verfolgt wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen in Afghanistan, weshalb die feindselige Rhetorik langsam einem pragmatischen Ansatz weicht, der Kooperation und Dialog mit den Taliban ermöglicht, ohne diese offiziell anerkennen zu müssen.

Usbekistan: regionaler Vorreiter einer proaktiven Afghanistan-Politik

Der Amtsantritt von Präsident Schawkat Mirsijojew im Jahr 2016 hat eine Kehrtwende^[1] in der usbekischen Afgha-

nistan-Politik eingeläutet, die im Kontext der allgemeinen strategischen Neuausrichtung des Landes verstanden werden muss. Mirsijojew hat den Isolationismus seines Vorgängers Islam Karimow beendet und Usbekistan seitdem als wichtigen außenpolitischen Akteur in Zentralasien etabliert. So wurden nicht nur die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, der EU, Russland und China erneuert, sondern auch zu einer konstruktiven Interaktion mit den zentralasiatischen Nachbarn, einschließlich Afghanistan, zurückgekehrt. Zwischen 2016 und 2021 hat Mirsijojew die bilaterale Zusammenarbeit mit Afghanistan u. a. in den Bereichen Sicherheit und Wirtschaft sowie im humanitären Austausch, in der Kultur und in der Bildung intensiviert. Zwischen Kabul und Taschkent wurden wieder Direktflüge angeboten und die Zollabwicklung am Grenzübergang Termes-Hairaton vereinfacht, was sich unmittelbar positiv auf die grenzüberschreitende Mobilität ausgewirkt hat.

Mirsijojews Afghanistan-Politik hat von Beginn an das Ziel verfolgt, Usbekistan über afghanisches Territorium mit iranischen und pakistanischen Seehäfen am Indischen Ozean zu verbinden. Der russische Überfall auf die Ukraine 2022 hat die Notwendigkeit der geoökonomischen Diversifizierung von usbekischen Transport- und Transitrouten weiter verstärkt, weshalb sich Taschkent seitdem besonders intensiv um einen Ausbau der infrastrukturellen Vernetzung mit Südasien bemüht – trotz der nicht anerkannten De-facto-Regierung in Kabul. Das wichtigste Projekt umfasst den geplanten Bau einer 600 Kilometer langen transafghanischen Eisenbahnstrecke von Termes über Masar-i Scharif und Kabul nach Peschawar, der Hauptstadt der pakistanischen Provinz Khyber Pakhtunkhwa. Die Strecke wird die Transportdauer usbe-

kischer Waren zu den Weltmeeren von 35 auf drei bis fünf Tage verkürzen und die Transportkosten pro Container nach Karatschi sollen um mindestens 50 Prozent geringer ausfallen als für den Transport nach Bandar Abbas im Iran. Erst im April hat Kasachstan zugesagt,^[2] sich am Bau der Eisenbahnstrecke zu beteiligen, was die gesamtheregionale Signifikanz des Projektes unterstreicht. Eine weitere Eisenbahnstrecke soll von Masar-i Scharif nach Herat in Westafghanistan führen und dort an das iranische Schienennetz angeschlossen werden. Das Projekt wurde bereits 2019 beschlossen, doch konnte aufgrund der intensiven Kämpfe in Afghanistan bis 2021 nicht begonnen werden.

Ein weiteres zentrales Element der usbekischen Beziehungen mit Afghanistan ist der Stromexport, wobei Usbekistan der wichtigste Stromexporteur für Afghanistan ist (Afghanistan bezieht über 80 % der Stromenergie aus dem Ausland). 2018 wurde der Bau der Stromtrasse Surchan–Pul-i Chumri^[3] beschlossen, konnte aufgrund der kritischen Sicherheitslage in Afghanistan bis 2021 jedoch nur auf usbekischer Seite vollendet (45 km) werden. Der Bau des 215 Kilometer langen Abschnitts in Nordafghanistan steht seitdem noch aus, allerdings wurden die Gespräche zur Realisierung des Vorhabens im Dezember 2021 wieder aufgenommen.^[4] Die Trasse ist Teil des von der Asian Development Bank (ADB) finanzierten North-South Power Transmission Enhancement Project, das den Zusammenschluss der großen regionalen Stromversorgungsnetze zum Ziel hat.^[5] So ist u. a. vorgesehen, die Lücke zwischen Baghlan und Kabul zu schließen und dadurch die nördlichen und südlichen Landesteile Afghanistans im Rahmen des TUTAP (Turkmenistan–Usbekistan–Tadschikistan–Afghanistan–Pakistan)-Netzes zu integrieren.^[6] Parallel dazu soll im Rahmen des Central Asia-South Asia power project (CASA-1000)^[7] eine inter-regionale Hochspannungstrasse gebaut werden, über die Strom von Kirgistan und Tadschikistan nach Afghanistan und Pakistan exportiert werden soll. Nachdem die Weltbank die Finanzierung von CASA-1000 im Kontext der Taliban-Machtergreifung ausgesetzt hatte, wurde im Januar 2024 die Wiederaufnahme des grenzüberschreitenden Projektes angekündigt.^[8]

Besonders deutlich zeigt sich die auch nach 2021 anhaltende Kontinuität der usbekischen Afghanistan-Politik in der weiter zunehmenden Intensivierung von Handels- und Wirtschaftskontakten. Allein 2023 fanden mehr als 20 Treffen mit afghanischen Wirtschaftsvertretern statt, wobei sich u. a. auf usbekische Investitionen in Kohleabbau sowie den Bau von Kohlekraftwerken und Zementfabriken in Afghanistan geeinigt wurde. Im April 2024 wurden beim Besuch einer Delegation afghanischer Unternehmer in Taschkent Exportverträge über 44 Mio. US-Dollar abgeschlossen. Das usbekisch-afghanische Handelsvolumen betrug 2023 etwa 900 Mio. US-Dollar und soll bis 2025 auf 1,5 Mrd. US-Dollar ansteigen –

wobei sich die usbekische Regierung und die Taliban bei dieser Zielmarke an einem bilateralen Abkommen mit der Islamischen Republik Afghanistan von 2017 orientieren. Der potenzielle Wert des afghanischen Absatzmarktes für usbekische Exporte – v. a. Landwirtschaftserzeugnisse, Textilien und Leder sowie Elektrobauteile und Baumaterialien – wird auf sieben Mrd. US-Dollar geschätzt. Ein Drittel aller afghanischen Importe gelangt über Usbekistan ins Land. Anfang Juli 2024 berichteten afghanische Medien über eine Einigung der autorisierten Vertreter Usbekistans und Afghanistans zur Einrichtung einer gemeinsamen Handelskammer.^[9]

Schließlich verfolgt Usbekistan mit dem eigenen Engagement in Afghanistan auch nationale Sicherheitsinteressen und handelt dabei nach der Überzeugung, dass die regionale Stabilität eng mit der Sicherheitslage in Afghanistan verknüpft ist. So sprach Außenminister Bachtijar Saidow im Rahmen des vierten Außenministertreffens der Anrainer Afghanistans im April 2023 davon, dass die Hauptlast für die Rehabilitierung der afghanischen Wirtschaft und die Leistung humanitärer Unterstützung nolens volens bei Usbekistan läge.^[10] Dies erklärt auch die usbekischen Bemühungen, das »Islamische Emirat Afghanistan« unterhalb einer diplomatischen Anerkennung in regionale Integrationsprozesse einzubinden. So hat Taschkent die mittlerweile regelmäßig stattfindenden Dialoge der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) mit Afghanistan initiiert und spricht sich gegenüber der internationalen Gemeinschaft für die Forderung der Taliban aus, afghanisches Staatsvermögen freizugeben, das von den Vereinigten Staaten und der EU 2021 eingefroren wurde. Bei einem Besuch in Kabul im März 2023 äußerte sich Saidow afghanischen Nachrichtenagenturen zufolge anerkennend gegenüber den Bemühungen der Taliban-Regierung, Sicherheit zu gewährleisten und die Drogenwirtschaft zu bekämpfen.^[11] Auch versicherte er den Taliban, Afghanistan »nie aufzugeben« und stattdessen die bilateralen Beziehungen zugunsten der regionalen Stabilität weiter ausbauen zu wollen; Das ökonomische Erstarken Afghanistans sei im Interesse aller. In dieser usbekischen Diplomatie gegenüber Kabul zeigt sich schließlich auch eine bewusste Zurückhaltung beim Ansprechen von Fragen mit offensichtlichem Konfliktpotenzial. Zum Beispiel verzichtet Taschkent bisher (noch) auf eine übermäßige Thematisierung des sich aktuell in Bau befindlichen Kusch-Tepa-Kanals in Nordafghanistan, der den usbekischen – und auch turkmenischen – Interessen hinsichtlich der Nutzung von regionalen Wasserressourcen eindeutig zuwiderläuft.^[12]

Turkmenistan: Öffnung für außenwirtschaftliche Kooperation

Wie Usbekistan scheint auch die turkmenische Regierung das Konfliktpotenzial, das mit einer intensiveren

Wassernutzung durch die afghanische Seite einhergeht, mittels Einbindung der Taliban in eigene Wirtschafts- und Infrastrukturprojekte mindern zu wollen. Der seit 2022 amtierende Präsident Serdar Berdymuchamedow versucht, die seit drei Jahrzehnten praktizierte Selbstisolation Turkmenistans durch eine pragmatischere Außenpolitik zu ersetzen. Ein Merkmal dieser außenpolitischen Neuausrichtung ist ein gestärktes Interesse am Bau von neuer grenzüberschreitender Energieinfrastruktur, um die eigenen Erdgasabsatzmöglichkeiten zu diversifizieren und die hohe Exportabhängigkeit von China als mit Abstand wichtigstem Abnehmer zu verringern. Das in diesem Zusammenhang wichtigste Projekt ist die seit 1995 geplante Turkmenistan–Afghanistan–Pakistan–Indien-Erdgaspipeline (TAPI), für deren Verwirklichung Aschgabat und Kabul aktuell besonders eng zusammenarbeiten. Nachdem die Taliban ihr Gewaltmonopol in Afghanistan 2023 konsolidieren konnten,^[13] haben sie im Februar 2024 den Beginn des afghanischen Abschnittes angekündigt. Im Mai haben sich Turkmenistan und Pakistan schließlich darauf geeinigt, das Projekt selber zu finanzieren, nachdem die ADB im März 2022 angekündigt hatte, ihre Unterstützung für das Projekt solange auszusetzen, bis die Taliban von der internationalen Gemeinschaft als Regierung Afghanistans offiziell anerkannt sind. Die aktuelle Übereinstimmung der turkmenischen, Taliban-afghanischen und pakistanischen Interessen hinsichtlich der TAPI verdeutlicht, dass keine der beteiligten Parteien länger gewillt ist, die Verwirklichung des Projekts von externen Faktoren abhängig zu machen.

Im August 2023 hat Aschgabat ein trilaterales Gipfeltreffen der zentralasiatischen Staats- und Regierungschefs der Nachbarländer Afghanistans ausgerichtet, um gemeinsame Interessen zu identifizieren und Möglichkeiten der Zusammenarbeit gegenüber und mit Afghanistan zu eruieren. Im März 2024 folgte eine umfangreiche Handelsmesse unter großer Teilnahme afghanischer Unternehmen. Das bilaterale Handelsvolumen wächst stetig und betrug im Jahr 2023 457 Mio. US-Dollar. Im Januar 2024 lag der Handel bereits bei 46 Mio. US-Dollar und damit zehn Prozent über dem Vergleichswert vom Januar 2023. Die turkmenischen Hauptexportprodukte nach Afghanistan sind neben Flüssiggas und Erdöl (die per Tanklastwagen exportiert werden) vor allem Elektrizität und Textilien. Am Grenzübergang Torghundi soll ein gemeinsames Logistikzentrum entstehen und in der westafghanischen Stadt Herat wollen Afghanistan, Turkmenistan und Kasachstan ein gemeinsames Logistikzentrum bauen, über das u. a. russisches Öl nach Südasien transportiert werden soll. Im Mai konnten sich turkmenische Baufirmen bei Gesprächen mit afghanischen Partnern in Herat Aufträge im Gesamtwert von 200 Mio. US-Dollar sichern, u. a. für

den Bau eines Umspannwerkes und die Renovierung historischer Denkmäler in Herat.

Tadschikistan: von offener Feindseligkeit zu differenziertem Pragmatismus

Alle drei zentralasiatischen Nachbarn Afghanistans sehen sich durch militanten Islamismus und das Eindringen terroristischer Gruppen aus Afghanistan bedroht. In Afghanistan aktive und mit den Taliban verbündete Terrorgruppen wie die Islamische Bewegung Usbekistan oder die von ethnischen Tadschiken dominierte Jamaat Ansarullah erklären offen, die Regierungen in Taschkent und Duschanbe stürzen und durch ein Kalifat bzw. Emirat ersetzen zu wollen. Während Usbekistan und Turkmenistan dieser Gefahr bislang durch eine Mischung aus Engagement und Eindämmung begegnen, ist die Politik Tadschikistans deutlich defensiver und war den Taliban gegenüber bis 2023 gar offen feindselig. Der tadschikische Präsident Emomali Rahmon hat die Taliban im Gegensatz zu seinen zentralasiatischen Amtskollegen seit 2021 lautstark kritisiert und als illegitime Machthaber bezeichnet, da deren Regierung fast vollständig paschtunisch dominiert ist und selbst der großen tadschikischen Minderheit Afghanistans so gut wie keine Beteiligung einräumt.

Traditionell sieht sich Tadschikistan als Fürsprecher und Unterstützer der tadschikischen Bevölkerung Afghanistans. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre hat Tadschikistan den vom tadschikischen Kommandeur Ahmad Schah Massoud angeführten Aufstand gegen das erste Emirat der Taliban unterstützt, dessen Sohn Ahmad Massoud heute der Anführer der National Resistance Front ist. Aus dieser historischen Konstellation leitet Rahmon gemeinhin eine Tradition der Feindschaft zwischen Tadschiken und Taliban ab, wodurch sowohl die Abgrenzung von den Taliban erklärt als auch der eigene Patronstatus gegenüber den afghanischen Tadschiken legitimiert werden soll. Die Unterstützung für die afghanischen Tadschiken beschränkt sich in der Regel jedoch auf symbolische Fürsprache, was vor allem daran liegt, dass Rahmon im Gegensatz zu Usbekistan und Turkmenistan gegenüber Afghanistan deutlich stärker auf Eindämmung als auf Engagement setzt. So wurde die Grenze mit Afghanistan seit 2021 massiv weiter befestigt, während im Rahmen der russisch dominierten Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit (OVKS) eine ganze Reihe demonstrativer Militärmanöver abgehalten wurde, um Jamaat Ansarullah und den Islamischen Staat Khorasan-Provinz (ISKAP) von militärischen Übergriffen auf tadschikisches Territorium abzuschrecken. 2023 ist es zu einem Vorfall gekommen, bei dem eine kleine Gruppe von Kämpfern der Jamaat Ansarullah versucht haben soll, den Grenzfluss Pandsch in das autonome Gebiet Berg-Badachschan (GBO) zu überqueren,

doch von tadschikischen Grenzsoldaten in die Flucht geschlagen bzw. festgenommen werden konnte.^[14] Manche Beobachter sind jedoch von einer Inszenierung ausgegangen, mit der die Versicherheitlichung der Grenze und die anhaltende Repression der als »extremistisch« deklarierten Opposition weiter legitimiert werden sollte.

Aller Versicherheitlichung zum Trotz verfolgt allerdings auch Tadschikistan weiterhin eigene wirtschaftliche und infrastrukturelle Interessen in Afghanistan, wie CASA-1000. Schließlich konnte Rahmon während der letzten zwei Jahre auch die Vorteile des pragmatischen Ansatzes von Usbekistan und Turkmenistan beobachten, weshalb er seine Afghanistan-Politik mittlerweile stärker an der seiner zentralasiatischen Amtskollegen orientiert. Seit 2023 ist die offene Feindseligkeit einem differenzierten Pragmatismus gewichen, der informelle Beziehungen mit den Taliban ermöglicht, ohne deren offizielle Anerkennung zu implizieren. Auch erlaubt dieser Ansatz, weiterhin die selbsternannte Exilregierung der Islamischen Republik Afghanistan im Land zu behalten. Noch während des Falls von Kabul im August 2021 sind Teile der afghanischen Armee und Regierung, darunter Vizepräsident Amrullah Saleh, nach Tadschikistan geflohen. Saleh beansprucht seitdem die Rolle des afghanischen Exil-Interimspräsidenten und der afghanische Botschafter in Duschanbe, Mohammad Zahir Aghbar, die seines Stellvertreters. Auch hat Saleh die bewaffnete National Resistance Front mitgegründet, deren in Afghanistan verbliebene Kämpfer er zusammen mit Ahmad Massoud aus dem tadschikischen Exil in ihren Einsätzen gegen die Taliban kommandiert. Rahmons differenzierter Pragmatismus ist offensichtlich opportunistisch motiviert und geht mittlerweile so weit, in Duschanbe weiterhin Salehs Exilregierung zu beherbergen, während das afghanische Konsulat in Khorugh, der Hauptstadt von GBAO, im März 2023 unter die Kontrolle der Taliban gestellt wurde.^[15] Rahmon scheint sich damit für die Zukunft alle Optionen offenhalten zu wollen, auch wenn die tadschikische Afghanistan-Politik dadurch zunehmend inkohärent ist.

In wirtschaftlicher Hinsicht hat Tadschikistan jedoch seit Beginn der erneuten Taliban-Herrschaft einen klar pragmatischen Kurs verfolgt. Dieser Umstand ist hauptsächlich auf die Tatsache zurückzuführen, dass Duschanbe Afghanistan als wichtigen Absatzmarkt für Stromenergie erhalten und die damit zusammenhängenden Erlöse nicht verlieren möchte. Tadschikistan ist nicht zuletzt aufgrund seiner relativen geographischen Isolation das wirtschaftlich schwächste Land in Zentralasien. Vor diesem Hintergrund ist auch ein von den Taliban beherrschtes Afghanistan ein unverzichtbares Element für die weitere Erschließung von neuen Transitrouten für den Export von Strom und anderen Gütern nach Südasien. Ende Juli dieses Jahres wurde das mehr als zehn Jahre

alte, bislang nur in Teilen außerhalb von Tadschikistan realisierte Projektvorhaben der Turkmenistan–Afghanistan–Tadschikistan (TAT)-Eisenbahnverbindung mit der Beauftragung einer Machbarkeitsstudie durch die tadschikische Seite wiederbelebt.^[16] Von Südkorea finanziert wird die Verlängerung der Bahnlinie von Jaloliddin Balchi über Pandschi Pojon nach Kundus geprüft. Die Diversifizierung von Handloptionen via Afghanistan ist nach dem von tadschikischen Staatsbürgern auf die Crocus City Hall bei Moskau verübten Anschlag noch dringlicher geworden; laut der Weltbank^[17] haben Rücküberweisungen im Jahr 2022 knapp 50 % des BIP von Tadschikistan ausgemacht, wovon 85 % von in Russland tätigen Arbeitsmigranten erwirtschaftet wurde.^[18] Aufgrund der Sanktionen gegen Russland sind Rücküberweisungen 2023 deutlich auf einen Anteil von 38,4 % des BIP gesunken und dürften 2024 weiter zurückgehen, nachdem tadschikische Arbeitsmigranten zum Ziel rassistischer Kollektivbestrafung^[19] für den Anschlag geworden sind und seitdem in größerer Zahl das Land verlassen. Die wirtschaftliche Belastung durch einen möglichen Rückgang der Rücküberweisungen machen die weitere Stärkung der Zusammenarbeit mit Afghanistan noch relevanter. Bereits im ersten Jahr nach der Machtübernahme der Taliban ist das Handelsvolumen zwischen Tadschikistan und Afghanistan um 38 Prozent gewachsen, allerdings im Jahr 2023 von 110 Mio. US-Dollar auf etwa 97 Mio. US-Dollar gefallen und damit um fast 12 % geschrumpft.^[20] Um den wirtschaftlichen Austausch anzukurbeln wurden die seit dem Beginn der Coronapandemie im Februar 2020 geschlossenen Grenzmärkte in GBAO im Herbst 2023 wiedereröffnet.^[21] Das Groß des bilateralen Waren- und Transithandels wird jedoch sowieso nicht in GBAO, sondern über die Freundschaftsbrücke bei Scherchan-Bandar im Gebiet Chatlon (Provinz Kundus auf afghanischer Seite) abgewickelt.

Fazit: Zusammenarbeit mit Afghanistan als außenpolitische Lösung für innenpolitische Probleme?

Die jeweiligen bilateralen Beziehungen von Usbekistan, Turkmenistan und Tadschikistan mit Afghanistan definieren sich durch geteilte Interessen in den Bereichen Sicherheit, Wirtschaft und Handel. Im Zentrum dieser Zusammenarbeit steht das Streben nach wirtschaftlicher Entwicklung und regionaler Stabilität mittels infrastrukturgestützter Etablierung von neuen Handels- und Verkehrsrouten zwischen Zentral- und Südasien. Schließlich hat die Machtübernahme der Taliban im Jahr 2021 das Ende von über 40 Jahren Krieg in Afghanistan markiert und damit zum ersten Mal seit Jahrzehnten der Instabilität und Unsicherheit eine präzedenzlose Möglichkeit zur Verwirklichung von lange geplanten grenzüberschreitenden Infrastrukturprojekten geschaffen. Den drei zentral-

asiatischen Nachbarn ist dabei, zu einem unterschiedlichen Grad, die Vorstellung gemein, dass wirtschaftliche Integration und Sicherheit einander wechselseitig bedingen. So sieht Usbekistan in der Stärkung der afghanischen Wirtschaft eine grundlegende Voraussetzung für nachhaltige Stabilität in Afghanistan. Die Verbesserung der Lebensumstände für die breite Bevölkerung und die Schaffung von sozioökonomischen Perspektiven soll terroristischen Gruppen die Rekrutierungsgrundlage entziehen und somit die regionale Sicherheit erhöhen. Allerdings stärkt Usbekistan mit dieser Politik auch indirekt die Taliban, deren Regierung aufgrund der eklatanten und strukturellen Verstöße gegen die Grund- und Menschenrechte von vor allem Frauen und Mädchen international weiterhin nicht anerkannt wird.

Im Gegensatz zu Usbekistan stehen im Fall von Turkmenistan und Tadschikistan Fragen der Regimesicherheit stärker im Fokus der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Afghanistan, wobei dschihadistische Gruppierungen wie Jamaat Ansarullah und ISKP nicht nur als allgemeiner regionaler Unsicherheitsfaktor gelten, sondern als direkte potenzielle Gefahr für den eigenen Machterhalt. Diese Gefahrenwahrnehmung hat selbst Tadschikistan dazu bewegt, die Notwendigkeit eines begrenzten diplomatischen Dialogs mit den Taliban anzuerkennen, wie die Übergabe des afghanischen Konsulates in Khorugh an die Taliban belegt. Duschanbe scheint sich mehr und mehr bewusst zu sein, dass die Ausbreitung des militanten Islamismus nicht allein durch Grenzverstärkungen

oder die Isolation der Taliban aufgehalten werden kann, was auch durch den von tadschikischen Staatsangehörigen verübten Terroranschlag auf die Crocus City Hall verdeutlicht wurde. Diese offensichtliche Änderung in der Einschätzung der Situation resultiert jedoch nicht in einer Abmilderung der offiziellen Rhetorik gegenüber den Taliban oder dschihadistischen Gruppen im Allgemeinen. Dafür eignet sich die überzogene Rhetorik einer vom islamistischen Extremismus ausgehenden Gefahr viel zu gut als diskursive Ressource, um die anhaltende Repression der inländischen Opposition in Tadschikistan zu rechtfertigen und jegliche Abweichung von der offiziellen Regierungslinie zu unterdrücken. So ist die vom ISKP ausgehende Anziehungskraft für junge Tadschiken nicht auf eine generelle Neigung zu extremistischer Ideologie zurückzuführen, sondern auf ihre Desillusionierung mit der eigenen Regierung und einem der repressivsten Regime der Welt. Dieser Zusammenhang verdeutlicht, dass die Ursachen von Instabilität in Zentralasien nicht in Afghanistan liegen, sondern im Wechselspiel von wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit, sozialer Ungleichheit, korrupter Regierungspraxis und neopatrimonialen Autoritarismus. Jede Analyse zum islamistischen Extremismus in und aus Zentralasien muss unweigerlich berücksichtigen, dass die zentralasiatischen Regime zu einem unterschiedlichen Grad selbst integraler Bestandteil des ›Problems‹ sind, und das unabhängig davon, wer gerade in Kabul an der Macht ist.

Über die Autorin

Dr. *Katja Mielke* ist Senior Researcher am Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc), wo sie u. a. zu Governance-Prozessen, Peacemaking und sozialen Ordnungen in Afghanistan, Pakistan, Irak und Tadschikistan forscht. Sie hat Osteuropastudien sowie Politik- und Mittelasiawissenschaften studiert und wurde mit einer Arbeit über lokale Ordnungsstrukturen und Staatlichkeit in Nordost-Afghanistan promoviert.

Lesetipps

- Alcis & David Mansfield 2024: Changing the Rules of the Game: How the Taliban upended political and economic power in Afghanistan. Storymap.
- Eschment, Beate 2022: Taktisches Manöver. Tadschikische Reaktionen auf den Sieg der Taliban, In: Religion und Gesellschaft in Ost und West (RGOW), Jg. 50, 2/2022, S. 15–17.
- Ibañez-Tirado, Diana & Magnus Marsden 2020: Trade 'Outside the Law': Uzbek and Afghan Transnational Merchants between Yiwu and South-Central Asia, *Central Asian Survey*, 39:1, 135–54.
- ICG 2024: The Taliban's Neighbourhood: Regional Diplomacy with Afghanistan. Asia Report No. 337. Brussels: ICG.
- Morisco, Vito 2023: From Rebel Governance to Institutionalization? Prospects for the Taliban and Afghanistan. Vienna: Austrian Institute for International Affairs.
- Mostowlansky, Till 2022: Dying Dreams in Tajikistan's Global Borderland. *Current History*, 121:837, 277–282.
- Sadozaï, Mélanie & and Suzy Blondin 2022: More Remote Yet More Connected? Physical Accessibility and New International Contacts in Tajikistan's Pamirs Since 1991. *Problems of Post-Communism*, 70:3, 290–304.
- Smith, Graeme 2024: Rethinking Talks with the Taliban. Brussels: International Crisis Group.

Verweise

- [1] <https://laender-analysen.de/zentralasien-analysen/133/usbekistans-politik-gegenueber-afghanistan-ein-neuer-ansatz-fuer-ein-altes-problem/>

- [2] <https://astanatimes.com/2024/04/kazakhstan-to-take-part-in-construction-of-trans-afghan-railways/>
- [3] <https://tolonews.com/business/adb-pledges-70m-fund-surkhan-pul-e-khumri-power-line>
- [4] <https://www.tashkenttimes.uz/economy/8093-uzbekistan-afghanistan-resume-talks-on-surkhan-puli-khumri-transmission-line-project>
- [5] <https://www.adb.org/projects/46392-001/main>
- [6] https://www.energycharter.org/fileadmin/DocumentsMedia/News/6_Asian_Development_Bank.pdf
- [7] <https://www.worldbank.org/en/news/statement/2024/02/23/casa1000resumptionafghanistan>
- [8] <https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2024/02/15/world-bank-group-announces-next-phase-of-support-for-people-of-afghanistan>
- [9] <https://www.khaama.com/afghanistan-and-uzbekistan-agree-to-establish-a-joint-trade-chamber/>
- [10] <https://www.gazeta.uz/en/2023/04/13/afghanistan/>
- [11] <https://www.ariananews.af/interior-minister-meets-with-uzbekistans-foreign-minister/>
- [12] <https://laender-analysen.de/zentralasien-analysen/162/kusch-tepa-kanal-afghanistan-taliban/>
- [13] <https://www.fdd.org/analysis/2023/08/15/two-years-after-u-s-withdrawal-the-taliban-enjoys-an-iron-fisted-grip-on-afghanistan/>
- [14] <https://thediplomat.com/2023/12/tajikistan-and-the-taliban-a-lone-voice-in-central-asia/>
- [15] <https://eurasianet.org/tajikistan-taliban-take-control-of-consulate>
- [16] <https://asiaplustj.info/en/news/tajikistan/economic/20240802/tajikistan-begins-designing-railway-to-afghan-border>
- [17] <https://data.worldbank.org/indicator/BX.TRF.PWKR.DT.GD.ZS?locations=TJ>
- [18] <https://documents1.worldbank.org/curated/en/099062723061541337/pdf/P1796530c969b005c0b9f80aaf2ece82ff0.pdf>
- [19] <https://laender-analysen.de/zentralasien-analysen/164/terroranschlag-crocus-city-hall-zentralasien-arbeitsmigranten-russland/>
- [20] <https://daryo.uz/en/2024/01/30/exports-of-goods-from-tajikistan-to-afghanistan-exceeds-90mn-for-2023>
- [21] <https://rus.ozodi.org/a/32575770.html>

KOMMENTAR

Der »Islamische Staat – Khorasan-Provinz«. Vom regionalen IS-Ableger in Zentralasien zur globalen Terrororganisation

Arian Sharifi (Princeton University)

Der zentralasiatische Ableger des sogenannten Islamischen Staates (IS), der »Islamische Staat – Khorasan-Provinz« (ISKP), wurde vor zehn Jahren in Südafghanistan gegründet. Dort hat Mullah Abdul Rauf Khadim, [1] ein mit seiner Gruppe unzufriedener Taliban-Kommandeur, dem IS Ende 2014 die Treue geschworen. Parallel dazu bekannten sich in Ostafghanistan sechs ehemalige Kommandeure des pakistanischen Taliban-Ablegers Tehrik-e Taliban Pakistan (TTP) unter der Führung von Hafiz Sayed Khan durch das Hissen der schwarzen Flagge zum IS. [2] Direkt nach seiner Gründung geriet der ISKP unter starken militärischen Druck, einerseits durch die afghanische Armee und die mit ihr verbündeten Kräfte der internationalen Koalition, andererseits durch die Taliban. Militärisch im Nachteil, wurden in den folgenden Jahren tausende IS-Kämpfer in Afghanistan getötet und gefangen genommen, darunter auch sechs Emire der Gruppe. [3] Den militärischen Nachteil konnte der ISKP durch eine bemerkenswerte Resilienz kompensieren und die hohen Verluste kontinuierlich mit neuen Rekruten ausgleichen. Gleichzeitig hat der ISKP die Anzahl, Intensität und geografische Reichweite seiner Operationen in Afghanistan und Zentralasien kontinuierlich erhöht. Im Vergleich zu anderen militanten islamistischen Gruppen zeichnet sich der ISKP durch die Kombination aus ultra-salafisti-

scher Ideologie, kompromissloser dschihadistischer Praxis und einer transnationalen Rekrutierung von Kämpfern aus. Mit dieser strategischen Ausrichtung konnte sich die Gruppe wirksam als Anlaufstelle und Sammelbecken für unzufriedene Kämpfer aus anderen Terrororganisationen in Zentral- und Südasien etablieren.

Mit der Wiedermachtergreifung der Taliban im August 2021 begann sich der ISKP grundlegend von einer lokalen islamistischen Aufstandsarmee zu einer ausgewachsenen transnationalen Terrororganisation zu transformieren. Für diese Transformation waren drei Faktoren entscheidend:

Der erste Faktor war die fast vollständige Vernichtung des »Zentral-IS« in Irak und Syrien. Die militärische Niederlage des IS in der Levante hat den anderen regionalen IS-Ablegern die Nachteile der Organisationsweise des Zentral-IS verdeutlicht. Dazu zählen die Anfälligkeit einer Aufstandsarmee für großangelegte Gegenoffensiven und die ressourcenintensive Ausweitung und Verteidigung von Territorium, das durch vertikale Kommandostrukturen und eine bürokratische Verwaltung kontrolliert werden muss. Um dem Schicksal des Zentral-IS zu entgehen hat der ISKP daher seine seit längerem kontrollierten Territorien in mehreren ostafghanischen Bezirken aufgegeben, darunter Atschin, Kot und Nazian, und eigene Stellungen u. a. in den nördlichen Provinzen Baghlan, Sar-e-Pul,

Farjab und Badachschan geräumt.^[4] Damit vollzog der ISKP einen strategischen Wandel, der darin bestand, keinen Aufstand gegen das neue Taliban-Regime zu führen, sondern sich auf Terrorismus als neuem Modus Operandi zu konzentrieren. Terroristische Aktionen richteten sich fortan sowohl gegen zivile Ziele – hauptsächlich schiitische Minderheiten wie die Hazara – als auch hochrangiges Personal und wichtige Einrichtungen der Taliban.^[5]

Der zweite Faktor waren die anhaltenden Operationen der Taliban gegen den ISKP, die der Gruppe erhebliche Verluste zufügten und dadurch zwangen, noch weiter in den Untergrund zu gehen. Nachdem die Taliban im August 2021 Kabul eingenommen hatten, öffneten sie die Tore aller Gefängnisse im Land. Dadurch kamen auch etwa 3.000 ISKP-Anhänger frei, von denen sich viele wieder der Terrorgruppe angeschlossen haben, weshalb ihre Reihen schlagartig angeschwollen sind.^[6] Die anschließenden Operationen der Taliban gegen die Gruppe haben diesen Zuwachs an Kampfkraft allerdings schnell wieder zunichtegemacht. Laut eigenen Angaben haben die Taliban während der letzten drei Jahre ihrer faktischen Herrschaft in Afghanistan mehr als 500 ISKP-Kommandeure und -Kämpfer getötet und über 2.000 weitere festgenommen.^[7] Zu den prominentesten Verlusten des ISKP während der letzten drei Jahre gehören unter anderem:

- Qari Fateh Kotri, stellvertretender Emir des ISKP;
- Ingenieur Omar Haider, zuständig für die »Zentralzone«, die Nordafghanistan und südliche Teile des postsowjetischen Zentralasiens umfasst;
- Maulvi Ziauddin, Leiter der Justiz;
- Abdullah al-Kabuli, verantwortlich für die Flüchtlingsverwaltung;
- Abdullah Saeed, zuständig für Auslandsoperationen;
- Yahya Tajik und Youssef Tajik, verantwortlich für die Rekrutierung in Zentralasien, insbesondere Tadschikistan;
- Dr. Hussain, zuständig für »Spezialoperationen« und die »Westzone«, die Gebiete in Westafghanistan und Ostiran umfasst;
- Ahmed Zahor, Drahtzieher der Terroranschläge auf den Flughafen Kabul im August 2021, das chinesische Kabul Longan Hotel im Dezember 2022 und das Taliban-Außenministerium im Januar 2023;
- Ain al-Din, Planer der Angriffe auf den Taliban-Gouverneur von Balkh, Muzamil Akhund, im März 2023 und das Tabiyaan-Zentrum, eine vom Iran finanzierte Kulturorganisation in Kabul, im Dezember 2017;
- Tamim, ein tadschikischer Staatsbürger und Planer des Anschlags auf die pakistanische Botschaft in Kabul im Dezember 2022;
- Qais Laghmani, Planer des Anschlags auf das Taliban-Innenministerium im Oktober 2022,
- Maulvi Tarab, verantwortlich für die Provinz Laghman;
- Haji Bashir und dessen Gefolgschaft, verantwortlich für die Anschläge in Logar und auf den islamischen Gelehrten Sheikh Rahimullah Haqqani in Kabul im August 2022;
- die Planer und Täter des Anschlags auf die Kaaj-Schule im Gebiet Daschte Bartschi in Kabul im September 2022;
- die Planer und Täter des Anschlags auf die Mitarbeiter des Taliban-Verteidigungsministeriums in Herat im Oktober 2022; sowie
- Die Planer und Täter des Anschlags auf die Wazir Akbar Khan-Moschee in Kabul im September 2022.

Die maßgebliche Schwächung durch die Taliban hat den ISKP schließlich zur inneren Reorganisation gezwungen. Infolgedessen wurde die vertikale Organisationsstruktur aufgegeben und durch eine horizontale Organisation von landesweit verteilten Untergrundzellen ersetzt.^[8] Die Kommandobasis der ISKP-Führung wurde in die pakistanische Provinz Belutschistan verlegt.^[9]

Der dritte und letzte Faktor, der für die Transformation der Gruppe zu einer global agierenden Terrororganisation entscheidend war, war der Aufstieg von Sanaullah Ghaffari, auch bekannt als Shab al-Muhajir, zum neuen Emir des ISKP im Jahr 2020. Ghaffari ist mit der ehrgeizigen Vision angetreten, der Gruppe ein neues, transnationales Profil zu geben.^[10] Die nahezu vollständige Niederlage des Zentral-IS in Irak und Syrien hat Ghaffari schließlich die Chance geboten, sich innerhalb des Islamischen Staates zu profilieren und den ISKP möglicherweise als neuen Zentral-IS zu etablieren. Dafür war es allerdings notwendig, die finanziellen Kapazitäten der Gruppe zu steigern und ihren Aktionsradius weit über Afghanistan und Pakistan hinaus auszuweiten.

In der Vergangenheit hat sich die Gruppe hauptsächlich durch lokal generierte Einnahmen finanziert, vor allem Lösegelderpressung und den illegalen Abbau und Verkauf von Afghanistans Bodenschätzen. Ghaffari hat die wirtschaftlichen Aktivitäten des ISKP auf den Drogenhandel ausgeweitet, insbesondere mit der in Afghanistan neuen und hochprofitablen Droge Methamphetamin, wodurch er die finanziellen Gewinne der Gruppe erheblich steigern konnte.^[11] Auch hat er die Autorität des für Zentral-, Süd- und Südostasien verantwortlichen Al-Seddiq-Büros vom Zentral-IS gestärkt, um die Koordinierung der verschiedenen Einnahmequellen aus den illegalen Geschäften in Afghanistan und Pakistan zu optimieren.^[12] Gleichzeitig ist es ihm gelungen, mit Hilfe des Al-Karrar-Büros in Somalia, das zunehmend als Finanzdrehscheibe zwischen den regionalen IS-Ablegern fungiert, den Anteil des ISKP an den globalen Einnahmen des IS massiv zu erhöhen.^[13]

Währenddessen konnte Ghaffari Anhänger für Terroranschläge weit außerhalb des traditionellen Operationsgebietes der Gruppe rekrutieren, einschließlich der weiteren Region von Zentralasien, dem Mittleren Osten

und Europa. Einzelne Versuche haben sogar auf Nordamerika abgezielt.^[14] Der Doppelselbstmordanschlag im Januar 2024 auf eine große Trauerzeremonie in Kerman, Iran, der grausame Anschlag im März 2024 auf ein Konzert in der Crocus City Hall bei Moskau und eine Reihe vereitelter Anschläge auf Ziele in mehreren europäischen Städten verdeutlichen, dass der ISKP nicht länger eine lokale Gruppe in Afghanistan ist, sondern mittlerweile einen prominenten Platz unter den globalen Terrororganisationen eingenommen hat.^[15]

Zentralasien ist für den ISKP in doppelter Hinsicht von Interesse: als Operationsgebiet für Anschläge und zur Rekrutierung von Anhängern für Anschläge außerhalb der Region. Die meisten Personen, die bisher im Namen des ISKP Anschläge verübt haben, sowie diejenigen, die vor der Ausführung von solchen in Europa und Amerika festgenommen werden konnten, stammten aus Zentralasien und überwiegend aus Tadschikistan. Den größten Anklang findet die Organisation jedoch nicht in Zentralasien selbst, sondern insbesondere unter den zentralasiatischen Diasporagemeinden im Ausland,^[16] unter denen tadschikische Migranten besonders marginalisiert sind. Auch wenn der ISKP in Zentralasien bislang nur wenig aktiv war, stellt die Rekrutierung von militanten Anhängern unter zentralasiatischen Diasporagruppen eine reale Bedrohung für die Region dar. Wenn sich das Problem nicht verschärfen soll, müssen bessere Gegenmaßnahmen als die bisherigen gefunden werden.

Der erfolgreiche Wechsel auf eine zellenbasierte Untergrundstruktur, die Erhöhung der Einnahmen aus illegalen Geschäften und die Ausweitung von Aktivitäten auf die globale Ebene zeugen von der Resilienz des ISKP und dem begrenzten Erfolg der Taliban, die Organisation in operativer Hinsicht wirksam zu schwächen. Ohne eine nachhaltige und umfassende Anti-Terror-Strategie im internationalen Maßstab wird der aktuell aktivste Ableger des Islamischen Staates nicht nur überleben, sondern weiter expandieren können.

Aus dem Englischen von Richard Schmidt

Über den Autor

Dr. Arian Sharifi ist Dozent und Co-Vorsitzender des Masterprogramms für öffentliche Politik an der School of Public and International Affairs der Princeton University. Zuvor war er Generaldirektor für die nationale Bedrohungsbewertung im Büro des Nationalen Sicherheitsrates der Islamischen Republik Afghanistan.

Verweise

- [1] Dan Lamothe, "Meet the shadowy figure recruiting for the Islamic State in Afghanistan", The Washington Post, 13. Januar 2015: <https://www.washingtonpost.com/news/checkpoint/wp/2015/01/13/meet-the-shadowy-figure-recruiting-for-the-islamic-state-in-afghanistan/>, aufgerufen am 13. September 2024.
- [2] "Six Pakistani Taliban Leaders Swear Allegiance to ISIS", NBC News, 14. Oktober 2014: <https://www.nbcnews.com/storyline/isis-terror/six-pakistan-taliban-leaders-swear-allegiance-isis-spokesman-n225386>, aufgerufen am 13. September 2024.
- [3] Amira Jadoon und Andrew Mines, "Broken but Not Defeated: An Examination of State-led Operations Against Islamic State Khorasan in Afghanistan and Pakistan (2015-2020)", Combating Terrorism Center, 23. März 2020: <https://ctc.westpoint.edu/broken-not-defeated-examination-state-led-operations-islamic-state-khorasan-afghanistan-pakistan-2015-2018/>, aufgerufen am 13. September 2024.
- [4] Virtuelles Interview mit einem ehemaligen Direktor der Nationalen Sicherheitsdirektion der Islamischen Republik Afghanistan, 25. August 2023.
- [5] *ibid.*
- [6] Virtuelles Interview mit General Helaluddeen Helal, ehemaliger stellvertretender Innenminister und ehemaliger stellvertretender Verteidigungsminister der Islamischen Republik Afghanistan, 24. August 2022.
- [7] Gespräch mit hochrangigem Taliban-Beamten im Sicherheitssektor, Mai 2024.
- [8] Fokusgruppe mit 12 hochrangigen ehemaligen Beamten der Nationalen Sicherheitsdirektion der Islamischen Republik Afghanistan, September 2023.
- [9] Gespräch mit hochrangigem Taliban-Beamten im Sicherheitssektor, Mai 2024.
- [10] Virtuelles Gespräch mit General Mohammad Yasin Zia, ehemaliger Chef des Generalstabs der Armee der Islamischen Republik Afghanistan, August, September und Oktober 2022.
- [11] Fokusgruppe mit 12 hochrangigen ehemaligen Beamten der Nationalen Sicherheitsdirektion der Islamischen Republik Afghanistan, September 2023.
- [12] *ibid.*
- [13] "Thirty-fourth Report of the Analytical Support and Sanctions Monitoring Team", UN, Juli 22, 2024: <https://documents.un.org/doc/undoc/gen/n24/191/91/pdf/n2419191.pdf>, S. 16.
- [14] Peter Smith, Levent Kemal und Lucas Webber, "Islamic State Khorasan's Westward Network Expansion Into Iran, Turkey, and Europe", The Diplomat, 30. April 2024: <https://thediplomat.com/2024/04/islamic-state-khorasans-westward-network-expansion-into-iran-turkey-and-europe/>, aufgerufen am 20. September 2024.
- [15] Amira Jadoon, Abdul Sayed, Lucas Webber und Reccardo Valle, "From Tajikistan to Moscow and Iran: Mapping the Local and Transnational Threat of Islamic State Khorasan", CTC, Mai 2024: <https://ctc.westpoint.edu/from-tajikistan-to-moscow-and-iran-mapping-the-local-and-transnational-threat-of-islamic-state-khorasan/>, aufgerufen am 20. September 2024.
- [16] Janatan Sayeh, "Islamic State operatives arrested after illegally crossing the US border", The Long War Journal, 12. Juni 2024: <https://www.longwarjournal.org/archives/2024/06/islamic-state-operatives-arrested-after-illegally-crossing-the-us-border.php>, aufgerufen am 20. September 2024.

KOMMENTAR

Eine weitere Parlamentswahl in Usbekistan...ohne Auswahl

Alisher Ilkhamov (Central Asia Due Diligence (CADD), London)

Am 27. Oktober fanden in Usbekistan landesweite Parlamentswahlen statt, zusammen mit der Wahl für die Regionalparlamente (*Kengashes*). Zur Einordnung der Wahlergebnisse ist ein Blick auf das usbekische Regierungssystem und die Rolle des Parlaments darin notwendig.

Das politische Regime unter dem ehemaligen Präsidenten Islam Karimow (1990–2016) wird vom US-amerikanischen Politologen Henry Hale als offen diktatorisch beschrieben.^[1] Mit dem Amtsantritt von Schawkat Mirsijojew 2016 wurden Reformen eingeleitet, die das autoritäre System leicht abgemildert haben. Diese Reformen haben zwar eine gewisse Öffnung gefördert, das Land jedoch nicht in einem Maße demokratisiert, um von einer Abkehr vom Autoritarismus sprechen zu können. Trotz begrenzter Fortschritte bei Menschenrechten und ökonomischen Freiheiten fehlen Gewaltenteilung und tatsächliche Rechtsstaatlichkeit weiterhin. Die Verfassung postuliert zwar Gewaltenteilung sowie die Unabhängigkeit von Parlament und Justiz, doch bleiben diese – wie bereits unter Karimow – faktisch unter der Kontrolle des Präsidenten. Geschlechterfragen und Medienfreiheit weisen zwar eine positive Tendenz auf, doch stagniert die Entwicklung der Menschenrechte insgesamt seit einigen Jahren. Hinsichtlich der Gewaltenteilung gibt es sogar Rückschritte.

Im Unterhaus des usbekischen Zweikammerparlamentes (*Oliy Majlis*) sind heutzutage und anders als zu Sowjetzeiten mehrere Parteien vertreten. Allerdings fungieren diese als bloße Blockparteien, weshalb das Parlament eine Scheininstitution ohne unabhängige Kompetenzen bleibt. Die Stabilität dieses Systems beruht auf der nach wie vor uneingeschränkten Kontrolle des Präsidenten über den Sicherheitsapparat, zu dem das Innenministerium, der Staatssicherheitsdienst (SSS), die Nationalgarde und die Streitkräfte gehören. Dieser Apparat wird von Mirsijojew weiterhin zur Unterdrückung jeder abweichenden Meinung eingesetzt, die seine Autorität infrage stellt.

Dementsprechend ist im Land auch keine tatsächliche Opposition gestattet. Die einzige jemals erlaubte Opposition war die Demokratische Partei »Erk«, die jedoch nur für kurze Zeit zwischen 1991 und 1993 tätig war, bevor sie von Karimow unterdrückt wurde und sich ihr Parteiführer Muhammad Salih zur Flucht ins Ausland gezwungen sah. Nachfolgenden Oppositionsparteien wird seitdem einfach von vornherein die Registrierung verweigert, wodurch diese in einem Status der Illegalität bleiben. So kämpft die vor kurzem gegründete Sozialdemokratische Partei »Wahrheit und Fortschritt« unter Führung des Ökonomen Chidirnasar Allakulow

noch immer für eine Registrierung zur offiziellen Teilnahme an Wahlen. Außerdem befinden sich aufgrund der systematischen staatlichen Repressionen, u. a. im Zusammenhang mit fingierten Gerichtsprozessen und anschließenden Haftstrafen, viele Oppositionsführer als politische Flüchtlinge im westlichen Exil. Der im schwedischen Exil lebende Anführer der Oppositionspartei »Birlik«, Pulat Achunow, hat die usbekische Regierung aufgerufen, bei den Wahlen für die *Kengashes* oppositionelle Parteien zuzulassen – ohne Erfolg.

Seit 2002 hat Usbekistan ein Zweikammerparlament. Die Mitglieder des Senats werden von den Regionalparlamenten bestimmt, die ebenfalls am 27. Oktober gewählt wurden. Früher wurden 84 Senatoren von den *Kengashes* gewählt (sechs aus jedem Gebiet), einschließlich des Parlaments der Republik Karakalpakstan und des Stadtrates von Taschkent. 16 weitere wurden vom Präsidenten ernannt. Ein im Januar verabschiedetes Gesetz hat die Zahl der Senatoren auf 65 reduziert, wobei nun 56 von den Regionalparlamenten gewählt und neun vom Präsidenten ernannt werden.^[2] An der Machtdynamik hat das wenig geändert, da der Präsident weiterhin die regionalen Gouverneure (*Hokime*) ernennt, die über alle staatlichen Stellen in ihrem Zuständigkeitsbereich, einschließlich den *Kengashes*, bestimmen. Ein erst im September verabschiedetes Gesetz untersagt es Hokimen, Vorsitzende von *Kengashes* zu sein,^[3] was ihre Macht leicht einschränkt. Allerdings bleibt die tatsächliche Wirksamkeit dieser Änderung ungewiss, da es auch auf regionaler Ebene kaum politischen Wettbewerb oder Opposition zu den Hokimen gibt.

Bis 2019 hat Usbekistan ein Mehrheitswahlsystem genutzt, in dem es ausschließlich Direktwahlkreise gab. Gemäß dem bis dahin geltenden Wahlrecht konnten Kandidaten sowohl von offiziell registrierten Parteien als auch zivilgesellschaftlichen Initiativgruppen nominiert werden. Dieses Recht bot oppositionellen Kandidaten zwar theoretisch eine Möglichkeit, blieb aufgrund nahezu unüberwindbarer Hürden jedoch bedeutungslos. So mussten Initiativgruppen die Unterschriften von mindestens acht Prozent der Wahlberechtigten im Wahlkreis sammeln – proportional über alle Lokalgemeinden verteilt.^[4] Dieses formale Recht von Initiativgruppen zur Nominierung von Kandidaten wurde in späteren Änderungen des Wahlrechts gestrichen. Jetzt können nur noch politische Parteien Kandidaten nominieren. Dafür müssen nun die Unterschriften von mindestens einem Prozent aller – landesweiten – Wahlberechtigten erbracht werden.^[5] Die Erfüllung dieser

Anforderung ist nur mit administrativen Ressourcen möglich, wodurch der Nominierungsprozess fest unter staatlicher Kontrolle bleibt.

Im November 2023 hat die *Oliy Majlis* ein Gesetz über den Wechsel vom Mehrheitswahlsystem zu einem gemischten Wahlsystem aus Mehrheits- und Verhältniswahl verabschiedet. Laut dem Gesetz werden fortan 75 Mandate für das Unterhaus durch Direktwahl in Einzelwahlkreisen vergeben, die anderen 75 Mandate durch landesweite Verhältniswahl über Parteilisten.^[6] Die jüngsten Wahlrechtsänderungen hatten allerdings kaum Auswirkungen auf die Stellung der *Oliy Majlis*. Eine Ausnahme bildet die Einführung einer Frauenquote von 30 Prozent. Da jedoch auch die Mandate für Frauen auf Grundlage ihrer Loyalität zur Regierung vergeben werden, stellen sie ebenfalls keine unabhängigen Stimmen im Parlament dar. Die 2023 vorgenommene Verfassungsänderung hat das Parlament außerdem wichtiger Befugnisse beraubt, darunter der Kompetenz, den Premierminister, die Mitglieder des Kabinetts, den Generalstaatsanwalt und den Vorsitzenden des SSS zu bestätigen.^[7] Aufgrund des Fehlens von tatsächlicher Opposition im Parlament war diese Kompetenz zwar überwiegend symbolisch, jedoch ändert der Wechsel im Wortlaut von »bestätigen« (usbekisch: *tasdiqlash*) zu »unterstützen« (usbekisch: *maqullash*) das parlamentarische Verfahren beträchtlich. So impliziert »unterstützen« nicht mehr eine unabhängige parlamentarische Entscheidung, sondern lediglich eine passive Zustimmung für die Entscheidung des Präsidenten.

Nun ein paar Worte zu den fünf offiziellen Parteien. Diese sind die Liberaldemokratische Partei, die Demokratische Partei der Nationalen Wiedergeburt »Milliy Tiklanish«, die Sozialdemokratische Partei »Adolat«, die Volksdemokratische Partei (Nachfolgerin der Kommunistischen Partei Usbekistans) und die Ökologische Partei. Bei den Parlamentswahlen 2019 haben diese Parteien jeweils 53, 36, 24, 22 bzw. 15 Mandate für das Unterhaus der *Oliy Majlis* errungen.^[8] Bei den diesjährigen Wahlen hat die Liberaldemokratische Partei 64 der 150 Mandate errungen, wodurch sie ihre Mehrheit im Parlament leicht ausbaut. Milliy Tiklanish erhielt 29 Mandate, Adolat 21, die Volksdemokratische Partei 20 und die Ökologische Partei 16.^[9] Das quantitative Kräfteverhältnis zwischen den Fraktionen bleibt somit

im Grunde unverändert und nahezu identisch zur vorherigen Wahlperiode.

Laut der Zentralen Wahlkommission (CEC) lag die Wahlbeteiligung bei 74,72 Prozent.^[10] Dieser Wert wirkt zwar weniger aufgeblasen als in anderen autoritären Staaten, dennoch erscheint er unrealistisch hoch. So spiegelt der Wert keineswegs den Umstand wider, dass es in den sozialen Medien und sogar in der Presse keine öffentlichen Diskussionen über die Wahlen oder die Rolle der zugelassenen Parteien gab. Auch wurde im Vorfeld nur eine einzige Fernsehdebatte zwischen den Parteiführern abgehalten.^[11] Diese haben versucht, ihre Redebeiträge dafür zu nutzen, ihre Parteien mit einem politischen Profil zu versehen und sich zu einigen Fragen sogar kritisch geäußert. Die Zentralregierung und der Präsident blieben dabei allerdings von jeglicher Kritik ausgenommen.

Während der Wahlen wurden keine Nachwahlbefragungen durchgeführt. Auch gab es in den Wahllokalen keine Wahlbeobachter von unabhängigen Nichtregierungsorganisationen, da diese aufgrund administrativer Hürden so gut wie keine Chance hatten, bei den Behörden eine Registrierung zu erwirken. Somit bleibt es schwer einzuschätzen, wie verlässlich die von der CEC verkündeten Wahlergebnisse tatsächlich sind. Das Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) der OSZE war mit einer begrenzten Mission von 60 Wahlbeobachtern aktiv, weshalb eine flächendeckende Wahlbeobachtung unmöglich war. Die ODIHR-Mission hat die Wahlen jedoch als technisch gut organisiert bewertet. Da die Opposition von den Wahlen ausgeschlossen blieb, hätten die Wähler allerdings keine echte Wahl gehabt.^[12]

Abschließend sei auf den symbolischen Charakter der neuen Sitzverteilung verwiesen, die offenbar im Voraus hinter verschlossenen Türen auf höchster Ebene festgelegt wurde. Die unveränderte Zusammensetzung der im Parlament vertretenen Parteien verdeutlicht die Prioritäten des Präsidenten, der liberale Reformen betont – allerdings ausschließlich im wirtschaftlichen Bereich – während soziale und ökologische Themen für die offizielle Agenda weiterhin zweitrangig bleiben.

Aus dem Englischen von Hartmut Schröder

Über den Autor

Alisher Ilkhamov, PhD, ist Direktor von Central Asia Due Dilligence (CADD), einer in London ansässigen zivilgesellschaftlichen Organisation zur Förderung von verantwortungsvoller Regierungsführung, politischer und wirtschaftlicher Entwicklung, sowie nationaler Souveränität und regionaler Sicherheit in den zentralasiatischen Gesellschaften. Seine Forschungsinteressen liegen in den Bereichen Nationalismus und politisches System, insbesondere in Usbekistan.

Verweise

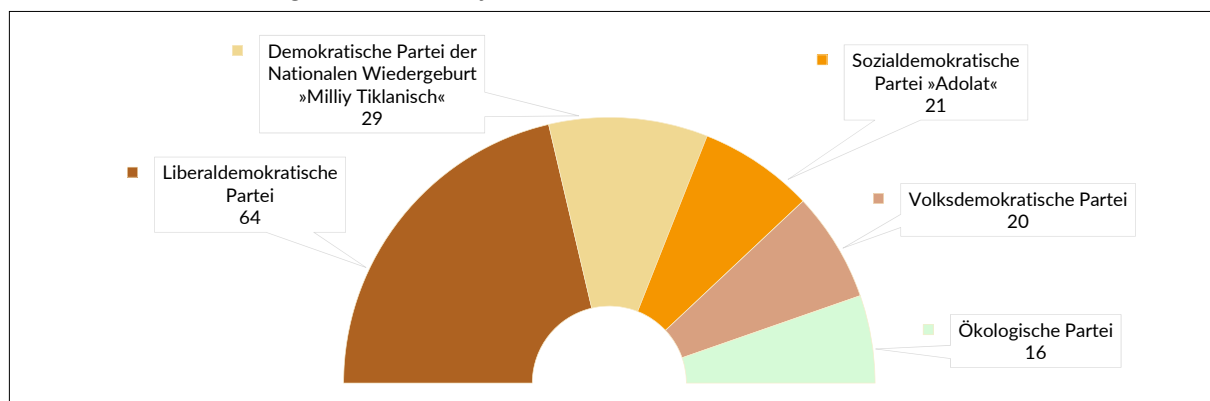
- [1] Hale, Henry. *Patronal Politics: Eurasian Regime Dynamics in Comparative Perspective*. New York: Cambridge University Press, 2015. S. 242–243

- [2] https://uza.uz/ru/posts/informaciya-o-sorok-devyatom-plenarnom-zasedanii-senata-olij-mazhlisa-respubliki-uzbekistan_559317
 [3] <https://lex.uz/ru/pdfs/7162476>
 [4] <https://lex.uz/acts/70553>: siehe dort § (statja) 22.1 (russischsprachiger Text).
 [5] <https://lex.uz/acts/70553>
 [6] <https://www.gazeta.uz/ru/2023/11/25/mixed-electoral-system/>
 [7] <https://lex.uz/docs/6445145>
 [8] https://en.wikipedia.org/wiki/2019%E2%80%932020_Uzbek_parliamentary_election
 [9] <https://www.gazeta.uz/ru/2024/10/28/parties/>
 [10] <https://www.gazeta.uz/ru/2024/10/28/votes/>
 [11] <https://www.gazeta.uz/ru/2024/09/27/debates/>
 [12] <https://www.osce.org/odihr/elections/579385>

DOKUMENTATION

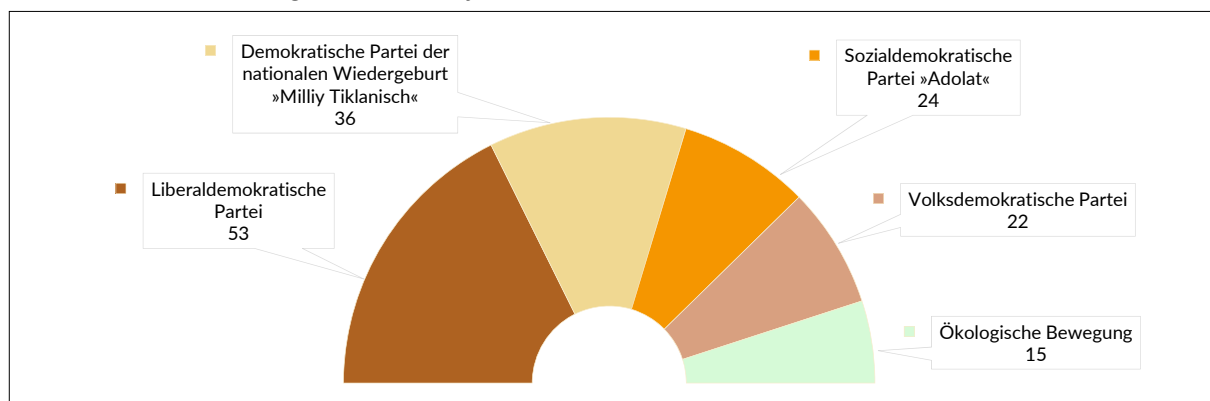
Offizielles Endergebnis der Parlamentswahl in Usbekistan vom 27. Oktober 2024

Grafik 1: Sitzverteilung in der neuen Olij Madschlis Usbekistans



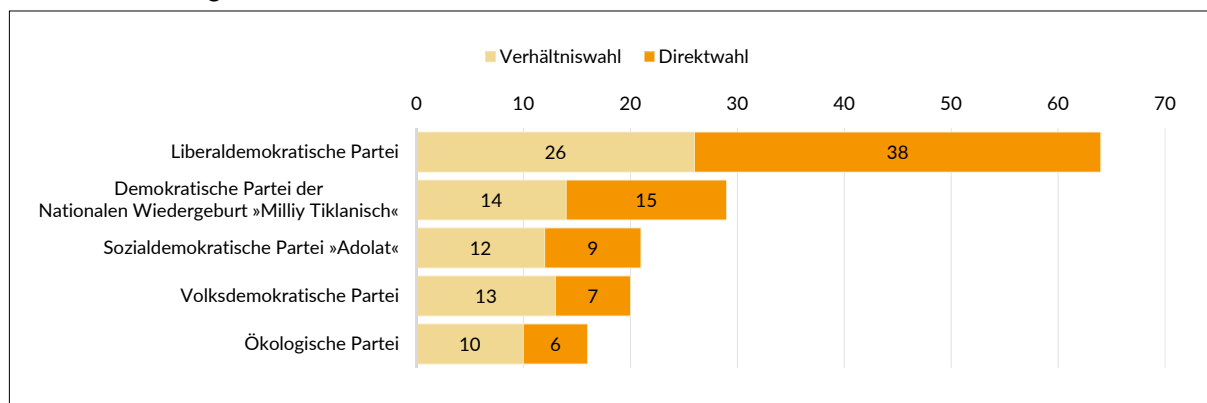
Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Usbekistan, https://saylov.uz/uz/press_service_in/o-zbekiston-respublikasi-olij-majlisi-qonunchilik-palatasi-va-mahalliy-kengashlar-deputatlari-saylovining-dastlabki-natijalari28, https://saylov.uz/uz/press_service_in/yagona-saylov-okrugi-bo-yicha-saylov-natijalari-rasman-tasdiqlandi-va-deputatlik-mandatlar-siyosiy-partiyalar-o-rtasida-taqsimlandi, aufgerufen am 05.11.2024

Grafik 2: Sitzverteilung in der alten Olij Madschlis Usbekistans (2019–2024)



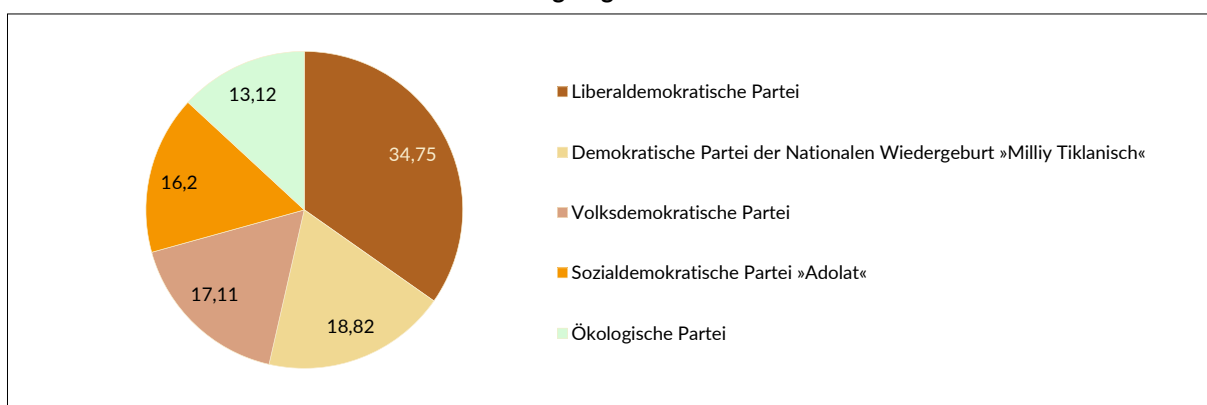
Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Usbekistan (<http://elections.uz/uz>), Grafik zuerst veröffentlicht in den Zentralasien-Analysen 139 vom 31.01.2020 (<https://laender-analysen.de/zentralasien-analysen/139/parlamentswahlen-in-usbekistan-trotz-neuer-wahlen-alles-beim-alten/> bzw. <https://laender-analysen.de/zentralasien-analysen/139/ZentralasienAnalysen139.pdf>, S. 8)

Grafik 3: Anteile von Mandaten, die durch Verhältniswahl gewählt wurden, und Mandaten, die durch Direktwahl gewählt wurden



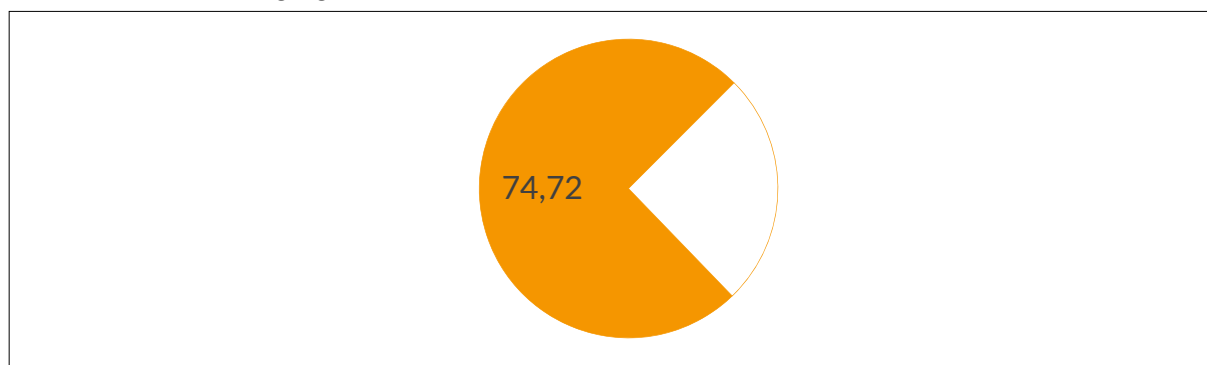
Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Usbekistan, https://saylov.uz/uz/press_service_in/o-zbekiston-respublikasi-oliy-majlisi-qonunchilik-palatasi-va-mahalliy-kengashlar-deputatlari-saylovining-dastlabki-natijalari28, https://saylov.uz/uz/press_service_in/yagona-saylov-okrugi-bo-yicha-saylov-natijalari-rasman-tasdiqlandi-va-deputatlik-mandatlari-siyosiy-partiyalar-o-rtasida-taqsimlandi, aufgerufen am 05.11.2024

Grafik 4: Stimmenanteile der Parteien in % der gültigen Stimmen bei der Verhältniswahl



Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Usbekistan, https://saylov.uz/uz/press_service_in/o-zbekiston-respublikasi-oliy-majlisi-qonunchilik-palatasi-va-mahalliy-kengashlar-deputatlari-saylovining-dastlabki-natijalari28, https://saylov.uz/uz/press_service_in/yagona-saylov-okrugi-bo-yicha-saylov-natijalari-rasman-tasdiqlandi-va-deputatlik-mandatlari-siyosiy-partiyalar-o-rtasida-taqsimlandi, aufgerufen am 05.11.2024

Grafik 5: Wahlbeteiligung in % aller Stimmen bei der Verhältniswahl



Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Usbekistan, https://saylov.uz/uz/press_service_in/o-zbekiston-respublikasi-oliy-majlisi-qonunchilik-palatasi-va-mahalliy-kengashlar-deputatlari-saylovining-dastlabki-natijalari28, https://saylov.uz/uz/press_service_in/yagona-saylov-okrugi-bo-yicha-saylov-natijalari-rasman-tasdiqlandi-va-deputatlik-mandatlari-siyosiy-partiyalar-o-rtasida-taqsimlandi, aufgerufen am 05.11.2024

Tabelle 1: Offizielles Endergebnis der Parlamentswahl in Usbekistan vom 27. Oktober 2024 (Übersicht)

	Verhältnisswahl			Direktwahl	Mandate Insgesamt	+/-
Partei	Stimmen	%	Mandate	Mandate		
Liberaldemokratische Partei	5.194.041	34,75	26	38	64	+11
Demokratische Partei der Nationalen Wiedergeburt »Milliy Tiklanish«	2.812.493	18,82	14	15	29	-7
Volksdemokratische Partei	2.558.016	17,11	13	7	20	-2
Sozialdemokratische Partei »Adolat«	2.420.857	16,20	12	9	21	-3
Ökologische Partei	1.960.764	13,12	10	6	16	+1
Insgesamt	14.946.171	100,00	75	75	150	0
Gültige Stimmen	14.946.171	99,46				
Ungültige Stimmen / Leerstimmen	81.358	0,54				
Angegebene Stimmen Insgesamt	15.027.529	100,00				
Wahlberechtigte / Wahlbeteiligung	19.944.859	74,72				

Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik Usbekistan, https://saylov.uz/uz/press_service_in/o-zbekiston-respublikasi-oliy-majlisi-qonunchilik-palatasi-va-mahalliy-kengashlar-deputatlari-saylovining-dastlabki-natijalari28, https://saylov.uz/uz/press_service_in/yagona-saylov-okrugi-bo-yicha-saylov-natijalari-rasman-tasdiqlandi-va-deputatlik-mandatlari-siyosiy-partiyalar-o-rtasida-taqsimlandi, aufgerufen am 05.11.2024

Atomkraft als Allheilmittel? Das Nuklearreferendum in Kasachstan vom 6. Oktober 2024

Am 6. Oktober 2024 haben in Kasachstan über 5,5 Mio. Abstimmungsberechtigte, bzw. 71 Prozent der Abstimmenden, in einem landesweiten Referendum für den Bau des ersten Atomkraftwerkes (AKW) in Kasachstan seit 1999 abgestimmt. Damit ist ein Wendepunkt erreicht, der die fundamentale Neuausrichtung der kasachstanischen Energiepolitik seit der Unabhängigkeit markiert. 1999 wurde das einzige AKW des Landes in Aktau nach 26 Jahren Betrieb stillgelegt. Kasachstans jüngere Geschichte ist maßgeblich durch seine nukleare Sowjetvergangenheit geprägt. Zwischen 1949 und 1991 wurden auf dem Atomwaffentestgelände Semipalatinsk über 450 Atomtests durchgeführt, deren gesundheitliche und ökologische Folgen für Mensch und Umwelt bis heute andauern und die kasachstanische Regierung nach der Unabhängigkeit zu einer Politik der umfassenden Denuklearisierung veranlasst haben.^[1] Nach dem Atomausstieg in den 1990ern wurde zur Stromgewinnung vor allem Kohle und Erdgas als Hauptenergieträger genutzt. Der Höhepunkt der Kohleverstromung war das Jahr 2011, in dem 81 Prozent des produzierten Stroms aus Kohle gewonnen wurde.^[2] Allerdings begann der damalige Präsident Nursultan Nasarbajew schon 2013, Kasachstan durch den Ausbau der erneuerbaren Energien als Vorreiter des grünen Wandels in Zentralasien zu etablieren.^[3] Als Kassym-Dschomart Tokajew 2019 die Nachfolge von Nasarbajew im Amt des Präsidenten antrat, war es gerade drei Jahre her, dass sich Kasachstan im Rahmen des Pariser Klimaabkommens zur Reduzierung seiner Treibhausgasemissionen um 15 Prozent bis 2030 verpflichtet hatte.^[4] Tokajew, der als Präsident maßgeblich von Nasarbajew installiert wurde, hat die Energie- und Klimapolitik seines Vorgängers fortgesetzt und 2020 schließlich das ambitionierte Ziel verkündet, das Land bis 2060 CO₂-neutral zu machen.^[5]

In der Zwischenzeit hatte sich der energiepolitische Kontext allerdings gewandelt und u. a. der seit 2018 beobachtbare Trend zum Rückgang der Erdgasproduktion aufgrund fehlender Investitionen und stagnierender Förderkapazitäten weiter verstärkt.^[6] Tokajew hatte daher bereits kurz nach seinem Amtsantritt 2019 die Idee aufgeworfen, per Referendum über den möglichen Bau eines AKW abstimmen zu lassen.^[7] Seit 2023 muss Kasachstan Erdgas aus Russland importieren, um den wachsenden Energiebedarf auf dem Binnenmarkt abdecken und gleichzeitig eigenen Erdgasexportverpflichtungen gegenüber China weiter nachkommen zu können. Als Resultat wächst der russische Einfluss im kasachstanischen Energiemix und damit Astanas geopolitische Vulnerabilität gegenüber Moskau.^[8] Auch haben häufige Stromausfälle in den letzten Jahren die dramatischen Folgen von veralteter Infrastruktur verdeutlicht. So kam es im November 2021 in mehreren Gebieten und Städten zu Stromausfällen, nachdem wenige Wochen zuvor mehrere Einheiten in drei der größten Kohlekraftwerke des Landes nach Fehlfunktionen gleichzeitig notabgeschaltet wurden.^[9] Und im Januar 2022 hat ein Fehler in der nationalen Hauptstromleitung einen der größten Stromausfälle in Zentralasien verursacht.^[10] Die nachhaltigste Lösung für Kasachstans Energieprobleme liegt im Bereich der erneuerbaren Energien wie Solar- und Windkraft, in dem Kasachstan immerhin regional führend ist.^[11] Allerdings verlangsamt die Pfadabhängigkeit von jahrzehntelanger Kohlenwasserstoffförderung den Ausbau erneuerbarer Energien, sodass diese noch nicht im benötigten Maße zur Energiesicherheit beitragen können.^[12]

Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen sieht die Regierung im Bau eines AKW die einzige mittelfristige Lösung für die aktuellen Energieprobleme des Landes. Schließlich hat die Frage nach der zivilen Nutzung von Atomkraft angesichts der oben skizzierten Entwicklungen während der letzten Jahre eine neue Relevanz entfaltet, weshalb Tokajews Ankündigung im September 2023, besagtes Referendum 2024 durchführen zu lassen, nicht mehr überraschend kam.^[13] In einer Ansprache kurz vor dem Referendum beschrieb Tokajew den geplanten AKW-Bau nicht nur als entscheidend für die Entwicklung und die Energiesouveränität des Landes, sondern als »das größte Projekt in der Geschichte Kasachstans« überhaupt.^[14] Damit war nicht mehr zu übersehen, wie zentral Atomkraft in den letzten Jahren für Tokajews Entwicklungsstrategie geworden ist.^[15] Die Entscheidung, die Bevölkerung durch ein Referendum formal in das Projekt miteinzubeziehen, markierte Tokajews Bewusstsein für den kontroversen Charakter der Angelegenheit und die Notwendigkeit, die Frage der nationalen Energiesicherheit und die historisch bedingte Skepsis gegenüber Atomkraft in Kasachstan auszubalancieren.

Tokajews Pläne entfachten intensive Debatten über die Risiken und Chancen der Atomkraft und die mögliche Zukunft des Landes mit oder ohne AKW.^[16] Dabei transzendiert das Spektrum der diskutierten Meinungen eine bloße Polarisierung zwischen Ablehnung oder Zustimmung zum AKW-Bau. So richtet sich ein Teil der Kritik nicht gegen das Projekt per se, sondern gegen die mögliche Vergabe des Auftrags für Bau und Betrieb an den russischen Atomkonzern Rosatom, wodurch Kasachstans Abhängigkeit von Russland im Energiebereich erneut zunehmen würde.^[17] Befürworter argumentieren dagegen, dass ein AKW die Energiesouveränität des Landes gegenüber Russland stärken würde, da Kasachstan als größter Uranlieferant der Welt eigene Ressourcen nutzen und somit die Abhängigkeit von

Energieimporten sowie von Kohle massiv verringern könnte.^[18] Die Regierung selbst hat mittels autoritärer Maßnahmen intensiv in den Prozess der öffentlichen Willensbildung eingegriffen, um eine mögliche Gegenkampagne gegen das Projekt zu verhindern. So wurden Atomkraftgegner an Versammlungen gehindert und zwei Tage vor dem Referendum dutzende Aktivisten aus fingierten Gründen in Verwaltungshaft genommen.^[19] Gleichzeitig wurde die öffentliche Debatte von staatlicher Seite aktiv zugunsten des Projektes beeinflusst, u. a. durch das wiederholte Versprechen, nur neueste Technologien zu nutzen, um höchste Sicherheitsstandards zu gewährleisten.^[20]

Abseits der nationalen Energiesicherheit scheint Tokajew in der zivilen Nutzung von Atomkraft auch ein Element zur Stärkung von Kasachstans strategischer Autonomie im Rahmen der multivektoralen Außenpolitik des »Complex Balancing« beziehungsweise »Omni-Enmeshment« zu sehen.^[21] Demnach soll ein internationales Konsortium mit dem Bau beauftragt werden, für das laut Energieministerium u. a. die führenden Atomkonzerne von China, Russland, Südkorea und Frankreich infrage kommen.^[22] Damit könnte der AKW-Bau nicht nur ein großes Spektrum der internationalen Partner Kasachstans involvieren, sondern sogar rivalisierende Staaten wirksam zum Vorteil Kasachstans miteinander »verstricken«. Erst im November hat sich Tokajew mit seinem französischen Amtskollegen Emmanuel Macron auf eine Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit im Nuklearbereich verständigt, womit er aktiv Kasachstans strategische Beziehungen zu einem der erbittertsten geopolitischen Rivalen von Russland innerhalb der EU ausbaut.^[23]

Die Kosten für das AKW mit einer geplanten Kapazität von 2,4 Gigawatt, das in Ulken am Balchaschsee gebaut werden soll, werden auf 5,6 Mrd. bis 15 Mrd. US-Dollar geschätzt, wobei sich die Kosten vergleichbarer AKW-Projekte in anderen Ländern auf bis zu 25 Mrd. US-Dollar belaufen.^[24] Derartige Summen werden voraussichtlich nicht allein als ausländische Direktinvestitionen angezogen werden können. Das AKW-Projekt wird daher finanzielle Ressourcen binden, die eigentlich zur Instandhaltung und Modernisierung der bestehenden Energieinfrastruktur oder den Ausbau der erneuerbaren Energien benötigt werden. Mit einer geplanten Bauzeit von zehn Jahren kann außerdem nicht von einer kurzfristigen Lösung für Kasachstans Energieprobleme gesprochen werden. Das Projekt illustriert schließlich Tokajews Bestrebungen, eine langfristige Balance zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und ökologischer Verantwortung zu finden und sich dabei den Herausforderungen von heimischer Energiekrise und globalem Klimawandel zu stellen. Atomkraft soll für die Zukunft des Landes also gleichzeitig Allheilmittel und strategischer Alleskönner sein. Das erfolgreiche Referendum vom 6. Oktober markiert allerdings nur den Anfang einer ganzen Reihe von Hürden, die Tokajew auf dem Weg zu Kasachstans erstem AKW seit 1999 wird meistern müssen, wenn es am Ende kein Luftschloss bleiben soll.

Richard Schmidt, Redakteur der Zentralasien-Analysen

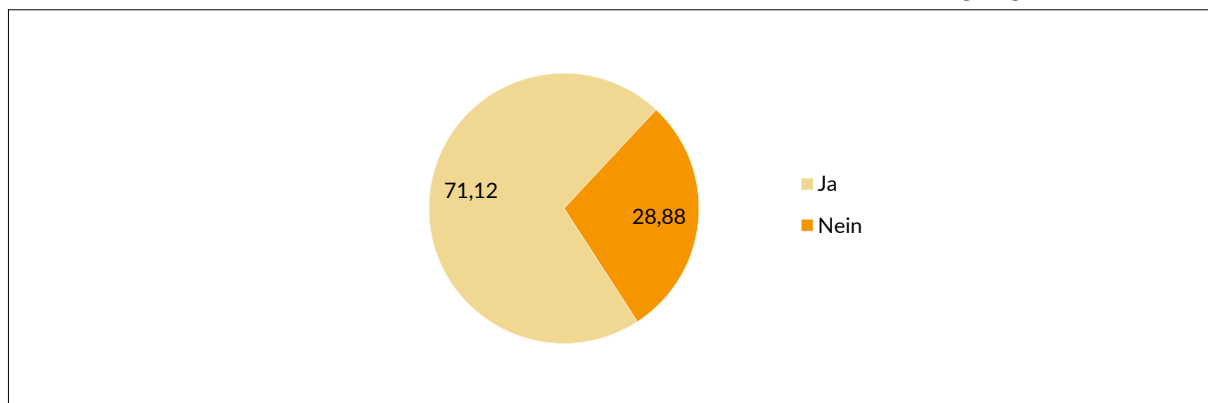
Verweise

- [1] <https://laender-analysen.de/zentralasien-analysen/151/kasachstans-langer-weg-zur-atomaren-abruestung-und-nuklearen-nichtverbreitung/>
- [2] <https://www.macrotrends.net/global-metrics/countries/KAZ/kazakhstan/coal-usage-consumption>
- [3] https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-031-29831-8_8
- [4] <https://climateactiontracker.org/countries/kazakhstan/2019-12-02/pledges-and-targets/>
- [5] <https://www.undp.org/kazakhstan/news/kazakhstans-vision-achieve-carbon-neutrality-presented-high-level-conference-nur-sultan>
- [6] <https://www.ceicdata.com/en/indicator/kazakhstan/natural-gas-production-opec-marketed-production>; <https://www.mondaq.com/oil-gas-electricity/1013586/overview-of-the-current-energy-mix-and-the-place-in-the-market-of-different-energy-sources>
- [7] <https://thedi diplomat.com/2021/10/nuclear-energy-in-kazakhstan-the-problem-of-accountability/>
- [8] <https://laender-analysen.de/zentralasien-analysen/165/russlands-krieg-ukraine-einfluss-kasachstan/>
- [9] <https://www.rferl.org/a/central-asia-severe-electricity-shortages/31564293.html>
- [10] <https://www.aljazeera.com/news/2022/1/25/millions-left-without-power-after-huge-blackout-hits-central-asia>
- [11] <https://www.rifs-potsdam.de/en/blog/2024/07/kazakhstan-central-asias-energy-transition-pioneer>
- [12] <https://laender-analysen.de/zentralasien-analysen/160/konferenz-energy-transition-sustainability-and-inclusive-development-central-asia/>
- [13] <https://www.reuters.com/world/asia-pacific/kazakhstan-hold-referendum-nuclear-plant-construction-president-2023-09-01/>; <https://caspiannpolicy.org/research/energy/across-central-asia-governments-bet-big-on-nuclear-power>
- [14] <https://www.aa.com.tr/en/energy/nuclear/construction-of-nuclear-power-plant-to-be-largest-project-in-kazakhstan-s-history-president/43735>
- [15] <https://www.usip.org/publications/2024/10/back-future-kazakhstans-nuclear-choice>
- [16] <https://www.rferl.org/a/kazakhstan-nuclear-power-plant-debate-construction/32563042.html>; <https://astanatimes.com/2024/08/kazatomexpo-exhibition-discusses-kazakhstans-potential-nuclear-power-plant/>
- [17] <https://www.rferl.org/a/majlis-podcast-kazakhstan-nuclear-power/33139392.html>
- [18] <https://inkstickmedia.com/in-kazakhstan-division-over-the-future-of-nuclear-power/>; <https://bisi.org.uk/reports/kazakhstans-nuclear-power-vote>; <https://www.euractiv.com/section/eet/news/nuclear-energy-kazakhstans-golden-opportunity-to-engage-the-west/>
- [19] <https://www.rferl.org/a/kazakhstan-hotel-vadim-ni-nuclear-power-plant-gathering-cancellation/33119099.html>; <https://www.rferl.org/a/kazakhstan-nuclear-referendum-arrests/33146404.html>
- [20] <https://www.rferl.org/a/kazakhstan-nuclear-power-referendum/33146657.html>
- [21] Vgl. <https://academic.oup.com/ia/article/96/4/975/5855019>
- [22] <https://www.intellinews.com/international-consortium-should-build-kazakhstan-s-first-nuclear-plant-says-president-347161/>
- [23] <https://timesca.com/kazakhstans-tokayev-in-france-its-all-about-nuclear-energy/>; <https://en.europarabct.com/?p=80567>
- [24] <https://kz.kursiv.media/en/2024-08-28/chinese-bidder-reveals-estimated-cost-of-nuclear-power-plant-in-kazakhstan/>

DOKUMENTATION

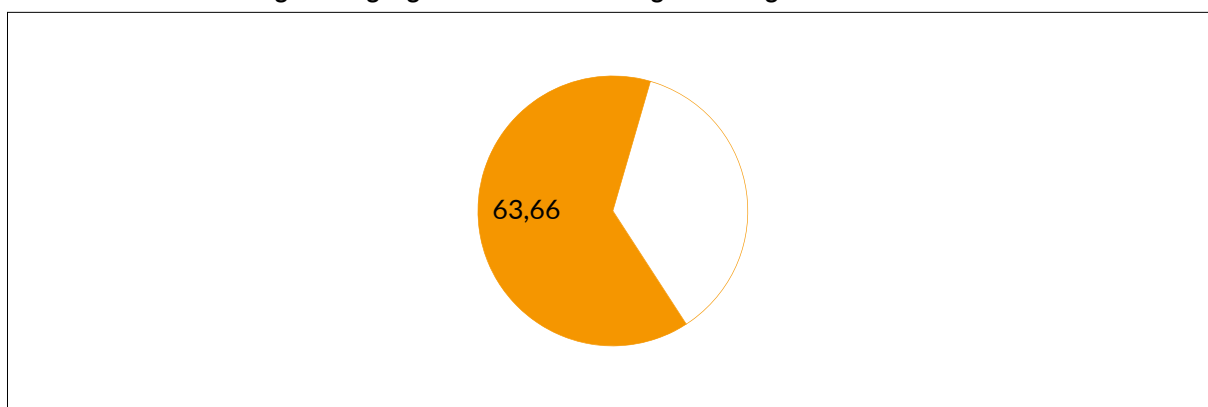
Ergebnis des Referendums über den Bau eines Atomkraftwerkes in Kasachstan vom 6. Oktober 2024

Grafik 1: Stimmen Sie dem Bau eines Atomkraftwerkes in Kasachstan zu? (Anteil der gültigen Stimmen in %)



Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik der Kasachstan, 07.10.2024, <https://www.election.gov.kz/eng/news/releases/index.php?ID=9565>, aufgerufen am 05.11.2024

Grafik 2: Abstimmungsbeteiligung in % aller Abstimmungsberechtigten



Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik der Kasachstan, 07.10.2024, <https://www.election.gov.kz/eng/news/releases/index.php?ID=9565>, aufgerufen am 05.11.2024

Tabelle 1: Stimmen Sie dem Bau eines Atomkraftwerkes in Kasachstan zu?

Auswahl	Stimmen	%
Ja	5.561.937	71,12
Nein	2.045.271	28,88
Gültige Stimmen	7.607.208	97,28
Ungültige Stimmen / Leerstimmen	212.996	2,72
Abgegebene Stimmen Insgesamt	7.820.204	100,00
Abstimmungsberechtigte / Abstimmungsbeteiligung	12.284.487	63,66

Quelle: Zentrale Wahlkommission der Republik der Kasachstan, 07.10.2024, <https://www.election.gov.kz/eng/news/releases/index.php?ID=9565>, aufgerufen am 05.11.2024

CHRONIK

Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik seit 2008 zu den zentralasiatischen Ländern befinden sich auf der Seite der Zentralasien-Analysen (<http://www.laender-analysen.de/zentralasien-analysen/>) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter diesem Link <https://laender-analysen.de/zentralasien-analysen/chronik?c=region-zentralasien,kasachstan,kirgistan,tadschikistan,turkmenistan,usbekistan&i=1>. Sie wird regelmäßig um neue Einträge ergänzt und möglichst aktuell gehalten.

Leser:innen der Chronik und allen Interessierten empfehlen wir sowohl von den Filterfunktionen unserer Webseite als auch dem reichen Angebot der Chroniken zu Russland, Belarus, Polen und der Ukraine Gebrauch zu machen, um z. B. Ereignisse wie dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine besser verfolgen zu können. Aktuell ist die Suche innerhalb der Chronik leider nur mit buchstabengenauen Stichworten möglich. Daher bitten wir alle Nutzer:innen auf die Schreibweise zu achten und ggf. mehrere Stichworte bei der Suche zu prüfen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Zentralasien-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Die Redaktion der Zentralasien-Analysen

Herausgeber:

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Redaktion:

Verantwortlicher Redakteur: Richard Schmidt
Lektorat: Rostam Onori
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Luca Anceschi, University of Glasgow
Dr. Beate Eschment, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS), Berlin
Prof. Dr. Martin Petrick, Justus-Liebig-Universität Gießen

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1866-2110 © 2024 by Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH • Mohrenstraße 60 • 10117 Berlin • Telefon: +49 (30) 2005949-20
e-mail: richard.schmidt@zois-berlin.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>